

148/2006

Stuttgart, den 15.06.2006

Crashtest für Oettinger

Flughafen Lahr, Bypass Mannheim, Regionalisierungsmittel: Oettinger muss Farbe bekennen

Schon zwei Tage nach seiner Wahl zum Regierungschef muss Ministerpräsident Oettinger am Freitag wesentliche Weichen für die Verkehrspolitik der Legislaturperiode stellen. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer verlangte von Oettinger endlich aktives Regierungshandeln: „Bislang hat Oettinger eher als Amtsverweser agiert. Jetzt muss er ran.“

Für die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die künftige Höhe der Regionalisierungsmittel erwarten die Grünen, dass die Landesregierung hart bleibt: „Wenn die große Koalition sich durchsetzt, wird jeder fünfte Nahverkehrszug im Land entfallen. Wenn Oettinger zulässt, dass das mit Zustimmung des Landes Baden-Württemberg geschieht, ist er verkehrspolitisch bereits am Start der Legislaturperiode bankrott.“

Bei den Gesprächen über Verkehrsprojekte des Bundes in Baden-Württemberg warnte Palmer Oettinger vor falschen Zugeständnissen: „Es ist ein offenes Geheimnis, dass Bahn-Chef Mehdorn weiter am Bypass um die „Milchkanne Mannheim“ arbeitet. Wir erwarten, dass der Regierungschef die einhellige Ablehnung dieses teuren Unsinn durch

das Parlament offensiv vertritt und auf einen raschen Ausbau der Strecke von Mannheim Hbf nach Frankfurt Hbf drängt.“

Die Haushaltslage des Landes gestattet nach Auffassung der Grünen auch keine weiteren Finanzspritzen für Stuttgart und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm: „Dem Land fehlt das Geld für seine eigenen Aufgaben. Nicht einmal die Universitätsgebäude können saniert werden. Weitere Millionenzusagen für ein Projekt, das Sache des Bundes und der Bahn ist, wären daher völlig verantwortungslos.“

Auch im Luftverkehr wird eine Entscheidung erwartet: Das Regierungspräsidium Freiburg soll dem Vernehmen nach eine eingeschränkte Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr erteilen. Die Grünen lehnen das weiterhin ab: „Wir verlangen von der Landesregierung die höchstgerichtliche Klärung der Frage, ob Private die Genehmigung eines Flughafens gegen die landesplanerischen Festsetzungen durch das Parlament erzwingen können. Oettinger darf sich nicht hinter Verwaltungsbehörden verstecken.“